

■ KRÄFTIGER KONJUNKTURAUF- SCHWUNG BEI ANHALTENDEN BUDGETPROBLEMEN

PROGNOSE FÜR 2000 UND 2001

Dank beschleunigtem Exportwachstum und solider Expansion der Inlandsnachfrage wächst die österreichische Wirtschaft heuer real um 3,1% – um ¼ Prozentpunkt rascher als im Dezember angenommen. Im Jahr 2001 dürfte die Expansion wegen verhaltenerer Dynamik der internationalen Konjunktur und vor allem stärker nachfragewirksamer Maßnahmen der Budgetkonsolidierung etwas schwächer ausfallen (+2,7%). Die Budgetpolitik begrenzt die Neuverschuldung auf etwa 2% des BIP, trägt andererseits aber zu einer leichten Beschleunigung des Preisauftriebs bei. Der Arbeitsmarkt profitiert von der günstigen Konjunktur.

Das Bruttoinlandsprodukt war im IV. Quartal 1999 real um 3,2% höher als im Vorjahr. Besonders kräftig fiel die Erholung in der Sachgüterproduktion und im Bereich der Ausrüstungsinvestitionen aus. Für das Jahr 1999 ergibt sich damit – wie vom WIFO schon seit März des Vorjahres prognostiziert – ein Wirtschaftswachstum von 2,2%.

Für das Jahr 2000 zeichnet sich eine Fortsetzung des Booms in der Exportindustrie ab. Das internationale Umfeld ist günstig. In der EU expandieren Nachfrage und Produktion real um 3,2%, die Zinsen sind relativ niedrig, und das Wechselkursniveau bringt Europa Vorteile. Gleichzeitig verbessert sich die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Exportwirtschaft durch Entlastungen auf der Kostenseite weiter. Unter diesen Rahmenbedingungen kann der Warexport real um etwa 8% ausgeweitet werden. Dies zieht ein reges Produktionswachstum in der Sachgütererzeugung von 5% und dynamische Investitionsaktivitäten nach sich (Ausrüstungsinvestitionen +7%).

Die Inlandsnachfrage erweist sich heuer als sehr kräftig. Die Budgetpolitik wirkt noch eher expansiv, zusammen mit der starken Zunahme der Beschäftigung hat dies eine markante Steigerung der realen Nettomasseneinkommen (+2½%), des privaten Konsums (+2,7%) und des Handels (+3,3%) zur Folge. Im kommenden Jahr wird die Expansion etwas gedämpft. Zwar könnten stärkere Lohnzuwächse und anhaltend kräftige Beschäftigungssteigerungen die verfügbaren Einkommen begünstigen, die Budgetpolitik dürfte aber – wenn längerfristig

Die Konjunkturprognose entsteht
jeweils in Zusammenarbeit aller
Mitarbeiter des WIFO.

Hauptergebnisse der Prognose

	1997	1998	1999	2000	2001	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt						
Real	+ 1,2	+ 2,9	+ 2,2	+ 3,1	+ 2,7	
Nominell	+ 2,8	+ 3,5	+ 2,8	+ 4,6	+ 4,2	
Sachgütererzeugung ¹⁾ , real	+ 3,8	+ 3,4	+ 2,0	+ 5,0	+ 4,3	
Private Konsumausgaben, real	+ 0,1	+ 1,5	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,3	
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 0,8	+ 6,8	+ 2,8	+ 3,6	+ 3,7	
Ausrüstungen ²⁾	+ 4,6	+10,6	+ 4,9	+ 7,0	+ 6,5	
Bauten	- 1,6	+ 4,1	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,5	
Warenexporte ³⁾						
Real	+16,5	+ 8,1	+ 5,5	+ 8,0	+ 7,5	
Nominell	+16,8	+ 8,4	+ 5,8	+ 9,1	+ 8,6	
Warenimporte ³⁾						
Real	+ 9,4	+ 7,1	+ 5,2	+ 7,5	+ 6,5	
Nominell	+10,9	+ 6,6	+ 5,5	+ 9,1	+ 7,6	
Handelsbilanzsaldo ³⁾	Mrd. S	-75,2	-67,4	-68,4	-74,9	-71,6
	Mrd. Euro			- 5,0	- 5,4	- 5,2
Leistungsbilanzsaldo	Mrd. S	-64,1	-56,8	-58,6	-62,6	-57,2
	Mrd. Euro			- 4,3	- 4,6	- 4,2
	in % des BIP	- 2,5	- 2,2	- 2,2	- 2,2	- 2,0
Sekundärmarktrendite ⁴⁾	in %	5,7	4,7	4,7	5,8	5,6
Verbraucherpreise		+ 1,3	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,6	+ 1,4
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾		4,4	4,7	4,4	4,2	4,1
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾		7,1	7,2	6,7	6,3	5,9
Unselbständig Beschäftigte ⁷⁾		+ 0,4	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,2
Finanzierungssaldo des Staates	in % des BIP	- 1,9	- 2,5	- 2,0	- 2,0	- 2,0

¹⁾ Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – ²⁾ Einschließlich sonstiger Anlagen. – ³⁾ Laut Statistik Österreich. – ⁴⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark). – ⁵⁾ Laut Eurostat. – ⁶⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁷⁾ Ohne Präsenzdiener und Bezieher von Karenzgeld.

orientierte Konsolidierungsmaßnahmen wirksam werden – nachfragedämpfend wirken. In der Bauwirtschaft bleibt das Wachstum deutlich zurück. Es leidet unter dem Nachfragerückgang im Wohnungsneubau und den Budgetkürzungen im Tiefbau.

Das Leistungsbilanzdefizit stabilisiert sich bei gut 2% des BIP. Das Defizit in der Warenbilanz kann durch die Überschüsse im Dienstleistungsbereich ausgeglichen werden, auch wenn die Reiseverkehrsbilanz weniger günstig ausfällt als im Dezember erwartet. Die negativen Salden der Einkommensbilanz (hohe Zins-, Dividenden- und Gewinneinkommen ausländischer Anleger) und der Transferbilanz – hier spiegeln sich die Nettozahlungen an die EU – sind hauptverantwortlich für das hohe Leistungsbilanzdefizit Österreichs gegenüber dem Ausland.

Die Rückführung des Defizits im Bundeshaushalt erfolgt heuer vor allem über zahlreiche Einmalmaßnahmen. Zudem werden indirekte Steuern und Gebühren ab Juni merklich erhöht. Erst im nächsten Jahr werden stärker dauerhaft wirkende Maßnahmen die notwendige Budgetkonsolidierung prägen. Während die Senkung des Defizits im Bundeshaushalt erreichbar erscheint, sind die Erwartungen der Bundesregierung bezüglich der Überschüsse von Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung – aufgrund der Ausfälle an Steuereinnahmen und der Finanzierungsprobleme in der Krankenversicherung – optimistisch. Im kommenden Jahr wird der „Mastricht“-Budgetsaldo zusätzlich durch die geplante Verringerung der Lohnnebenkosten belastet. Unter den gegebenen Annahmen scheint eine Neuverschuldung der öf-

fentlichen Haushalte insgesamt um etwa 2% des BIP in beiden Jahren wahrscheinlich. Die im Stabilitätsprogramm vorgesehenen Ziele von 1,7% des BIP (2000) bzw. 1,5% (2001) sind nur bei weiteren Konsolidierungsmaßnahmen erreichbar.

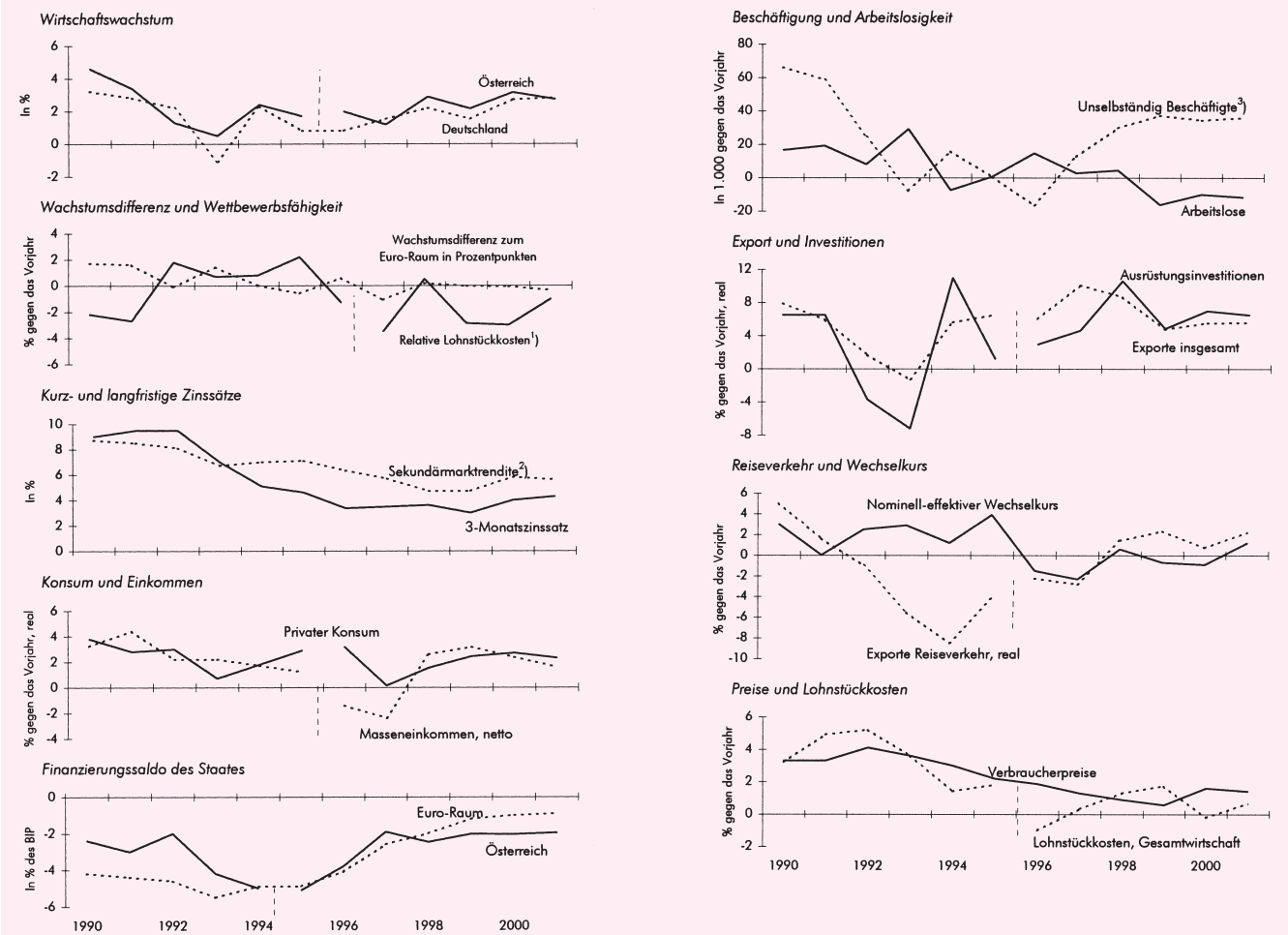
Der Preisaufrieb hat sich in den letzten Monaten beschleunigt. Das geht vor allem auf die Verteuerung von Energie zurück. Die Rohstoffpreisentwicklung, die Effekte der Dollarstärke sowie die günstige Entwicklung von Nachfrage und Auslastung werden zunehmend zum Anlass für Erhöhungen der Preise von Industriewaren genommen. Zu Jahresmitte 2000 werden im Zuge der Budgetkonsolidierung zudem Anhebungen der indirekten Steuern und Gebühren wirksam. Diese treiben die Inflation heuer und im nächsten Jahr mit jeweils etwa 0,3 Prozentpunkten an. Auf Verbraucherebene dürften die Preise heuer um 1,6% und im kommenden Jahr um 1,4% steigen.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbessert sich weiter. Dank guter Konjunktur erhöht sich die Zahl der aktiv Beschäftigten um etwa 35.000 pro Jahr, auch die Vollzeitbeschäftigung wird wieder ausgeweitet. Das Ausmaß der für aktive Arbeitsmarktpolitik verfügbaren Mittel steht derzeit noch nicht fest. Das erschwert die Prognose der Arbeitslosenzahlen. Sofern aber die Zahl der in Schulung Stehenden nicht sinkt, könnte die Arbeitslosigkeit im nächsten Jahr im Jahresdurchschnitt erstmals seit 1992 die Grenze von 200.000 Betroffenen unterschreiten. Das entspräche einer Arbeitslosenquote von 5,9% der unselbständigen Erwerbspersonen laut österreichischer Definition bzw. 4,1% der Erwerbspersonen laut EU Labour Force Survey.

Das Wirtschaftswachstum ist in Österreich von der Angebotsseite nicht merklich beschränkt. Die rege Investitionstätigkeit des privaten Sektors bewirkt eine stetige Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten. Die „stille Reserve“ im Arbeitskräfteangebot dürfte nach wie vor hoch sein, sodass zusätzliche Arbeitskräftenachfrage im Regelfall befriedigt werden kann. Zur Unterstützung des Strukturwandels ist eine aktive Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik allerdings von erheblicher gesamtwirtschaftlicher Bedeutung.

Die Unsicherheiten der Konjunkturprognose liegen heuer eher in einer Unterschätzung der Expansion: Die europäische Konjunktur gewann so stark an Schwung, dass das Wachstum von Nachfrage und Produktion durchaus die hier vorgelegten Projektionen übertreffen könnte. Für das Jahr 2001 liegen die Risiken vor allem in einer Überschätzung der internationalen Konjunkturdynamik: Ein Wachstumseinbruch in den USA kann nicht ganz ausgeschlossen werden. Er hätte negative Folgen für die österreichische Konjunktur, ebenso wie eine restriktivere Orientierung der europäischen Zins- und Wechselkursentwicklung. Wirtschaftliche Effekte der politischen – und teils auch ökonomischen – Isolierung

Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik



Bruch: ESVG 1979/ESVG 1995. - ¹⁾ In der verarbeitenden Industrie, gegenüber den Handelspartnern, in einheitlicher Währung. - ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). - ³⁾ Ohne Präsenzdiener und Bezieher von Karentgeld.

Österreichs sind zur Zeit nur äußerst schwierig abzuschätzen. Sie hängen vor allem davon ab, wie lange die europäischen Sanktionen noch anhalten.

STEIGENDE MAKROÖKONOMISCHE UNGLEICHGEWICHTE IN DEN USA

In den USA gibt es vorerst keine Anzeichen einer raschen Abschwächung des starken Wachstums. Das BIP expandierte im vergangenen Jahr real um 4,2%, wobei sich gegen Jahresende eine neuerliche Beschleunigung ergab. Die Dynamik der Binnennachfrage bildet die wichtigste Determinante für den Rückgang der Arbeitslosigkeit – die Arbeitslosenquote von 4% kommt dem Vollbeschäftigungsniveau nahe – und die günstige Situation der öffentlichen Haushalte – für heuer wird ein Überschuss von etwa 2% des BIP erwartet.

Die deutliche Steigerung der privaten Konsumausgaben wurde durch einen bemerkenswerten Rückgang der Sparquote der privaten Haushalte ermöglicht – sie lag 1999 nur noch bei gut 2% der verfügbaren Einkommen. Gleichzeitig erhöhte der Unternehmenssektor sein Defizit im Zuge der günstigen Investitionskonjunktur merk-

lich. Dem hohen Defizit des Finanzierungssaldos des privaten Sektors stehen Überschüsse des öffentlichen Sektors und des Auslands gegenüber. Das Passivum in der Leistungsbilanz ist im Zuge der kräftigen Ausweitung der Binnennachfrage merklich gestiegen, es erreicht heuer etwa 4% des BIP. Die wirtschaftliche Lage der USA weist somit erhebliche makroökonomische Ungleichgewichte auf, die mittelfristig nicht haltbar sind.

Die Fed versucht, diese Ungleichgewichte mit raschen Zinserhöhungsschritten in den Griff zu bekommen. Die kurzfristigen Zinssätze sind nun bereits höher als die langfristigen (die aufgrund der Rückzahlung öffentlicher Schulden abwärts tendieren). Damit soll nicht nur potentiellen Inflationsgefahren auf den Gütermärkten, sondern vor allem auch der ausgeprägten Überbewertung der Kurse auf den Aktienmärkten begegnet werden. Eine allfällige markante Korrektur der Börsennotierungen würde allerdings die Konsum- und Investitionsnachfrage merklich abkühlen. Das WIFO nimmt in seiner Wachstumsprognose für die USA an, dass die Stabilisierung gelingt, gleichzeitig aber aufgrund der Bereitschaft zu einer aktiven Geld- und Budgetpolitik der Übergang in eine Rezession vermieden werden kann. Unter diesen

Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	1999	2000	2001	1999	2000	2001
	Mrd. S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<i>Real (zu Preisen von 1995)</i>						
Land- und Forstwirtschaft	61,9	61,9	61,9	+ 2,8	± 0,0	± 0,0
Sachgütererzeugung und Bergbau ¹⁾	505,0	530,3	553,1	+ 2,0	+ 5,0	+ 4,3
Energie- und Wasserversorgung	71,6	72,4	73,1	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,0
Bauwesen	192,8	194,7	197,7	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,5
Handel ²⁾	318,9	329,5	338,7	+ 3,2	+ 3,3	+ 2,8
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	93,0	95,3	97,7	+ 3,5	+ 2,5	+ 2,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	200,5	209,5	217,9	+ 4,2	+ 4,5	+ 4,0
Kreditinstitute und Versicherungen	193,0	197,8	202,8	+ 0,5	+ 2,5	+ 2,5
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	345,0	357,0	367,7	+ 3,3	+ 3,5	+ 3,0
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	159,3	160,9	162,5	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,0
Sonstige Dienstleistungen	321,7	326,6	331,5	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,5
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ³⁾	2.462,8	2.535,8	2.604,4	+ 2,2	+ 3,0	+ 2,7
Bruttoinlandsprodukt	2.576,0	2.656,8	2.729,0	+ 2,2	+ 3,1	+ 2,7

¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – ⁵⁾ Vor Abzug der unterstellten Bankgebühr und der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Voraussetzungen könnte die Wirtschaft der USA heuer um zumindest 3½% und im kommenden Jahr um 2¾% expandieren.

Während in den USA die neunziger Jahre vom längsten Aufschwung seit dem Zweiten Weltkrieg geprägt waren, verharrt Japan in der längsten Stagnation. Das BIP wuchs in den neunziger Jahren real um nur 12% (USA +33%, EU +18%). Im 2. Halbjahr 1999 brach die Konjunktur neuerlich ein. Der Export wird von der starken Aufwertung des Yen beeinträchtigt, die aus dem regen Kapitalzustrom nach Japan resultiert. Kürzungen von Bonuszahlungen und ungünstige Beschäftigungsperspektiven dämpfen den privaten Konsum. Allerdings zeigen Umfragen eine Belebung der Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Ein rasches Ende der langan-

Annahmen über die internationale Konjunktur

	1997	1998	1999	2000	2001	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Bruttoinlandsprodukt, real</i>						
OECD insgesamt	+ 3,5	+ 2,5	+ 2,7	+ 3,0	+ 2,7	
USA	+ 4,5	+ 4,3	+ 4,2	+ 3,5	+ 2,8	
Japan	+ 1,6	- 2,5	+ 0,3	+ 0,8	+ 1,3	
EU	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,2	+ 3,2	+ 3,0	
Euro-Raum	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,2	+ 3,2	+ 3,1	
Deutschland	+ 1,5	+ 2,2	+ 1,5	+ 2,7	+ 2,8	
Ost-Mitteuropa ¹⁾	+ 5,1	+ 3,4	+ 2,5	+ 3,8	+ 4,5	
Welthandel, real	+10,0	+ 5,1	+ 4,5	+ 7,0	+ 6,0	
OECD-Exporte	+11,1	+ 5,4	+ 4,0	+ 6,8	+ 6,5	
Intra-OECD-Handel	+11,3	+ 7,9	+ 6,0	+ 6,8	+ 6,5	
Marktwachstum ²⁾ Österreichs	+ 9,5	+ 9,1	+ 5,0	+ 6,8	+ 6,5	
<i>Weltmarkt-Rohstoffpreise³⁾</i>						
Insgesamt	- 2,0	-23,0	+13,0	+27,0	- 7,0	
Ohne Rohöl	+ 1,0	-13,0	- 8,0	+ 7,0	+ 3,0	
Erdölpreis ⁴⁾	\$ je Barrel	19,1	12,6	17,3	24,0	21,0
Wechselkurs	\$ je ECU bzw. Euro	1,134	1,121	1,07	1,00	1,08

¹⁾ Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn. – ²⁾ Veränderungsrate der realen Importe der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ³⁾ HWWA-Index, Dollarbasis. – ⁴⁾ Durchschnittlicher Importpreis der OECD (cif).

Entwicklung der Nachfrage

	1999	2000	2001	1999	2000	2001
	Mrd. S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<i>Real (zu Preisen von 1995)</i>						
Konsumausgaben insgesamt	1.934,1	1.971,3	2.007,7	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,8
Private Haushalte ¹⁾	1.432,3	1.471,0	1.504,9	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,3
Staat	501,8	500,3	502,8	+ 0,8	- 0,3	+ 0,5
Bruttoinvestitionen	635,7	661,9	687,6	+ 2,4	+ 4,1	+ 3,9
Bruttoanlageinvestitionen	622,9	645,2	669,3	+ 2,8	+ 3,6	+ 3,7
Ausrüstungen ²⁾	269,4	288,3	307,0	+ 4,9	+ 7,0	+ 6,5
Bauten	353,4	356,9	362,3	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,5
Vorratsveränderung ³⁾	12,9	16,6	18,3			
Statistische Differenz	-11,1	0,0	0,0			
Inländische Verwendung	2.558,7	2.633,2	2.695,3	+ 1,6	+ 2,9	+ 2,4
Exporte	1.200,5	1.266,9	1.337,4	+ 4,7	+ 5,5	+ 5,6
Reiseverkehr	134,0	135,0	137,9	+ 2,3	+ 0,7	+ 2,2
Minus Importe	1.183,2	1.243,3	1.303,7	+ 3,5	+ 5,1	+ 4,9
Reiseverkehr	103,7	103,1	104,2	- 2,5	- 0,5	+ 1,0
Bruttoinlandsprodukt	2.576,0	2.656,8	2.729,0	+ 2,2	+ 3,1	+ 2,7
Nominell	2.683,6	2.807,3	2.924,3	+ 2,8	+ 4,6	+ 4,2
Mrd. Euro	195,0	204,0	212,5			

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzen. – ³⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

haltenden Krise zeichnet sich unter den gegebenen Rahmenbedingungen nicht ab. In den von der Wirtschafts- und Finanzkrise 1997/98 besonders betroffenen Ländern Südasiens kommt hingegen die Erholung voran. Die Schwäche der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in Japan dämpft aber das Wachstum in Südostasien ebenso wie die Vielzahl der „faulen“ Kredite, die den Kreditspielraum der Banken schmälern.

KONJUNKTURAUFSCHWUNG GEWINNT IN DER EU AN SCHWUNG

Die Konjunkturumfragen bei Verbrauchern und Unternehmen spiegeln eine sehr zuversichtliche Stimmung wider. Der kräftige Konjunkturaufschwung dürfte sich in der EU fortsetzen, das Wirtschaftswachstum wird heuer real 3,2% erreichen. In vielen Ländern hat die Inlandsnachfrage eine tragende Rolle übernommen; das sichert das Wachstum gegen mögliche externe Schocks ab.

In der EU hat sich der Konjunkturaufschwung gegen Jahresende 1999 merklich beschleunigt. Das BIP wuchs im IV. Quartal saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal um 1% und gegenüber dem Vorjahr um 3%, für das Jahr 1999 ergab sich insgesamt ein Wachstum von 2,2%. Die Industrieproduktion gewann zuletzt deutlich an Dynamik. Dazu trug die Stärke des Dollars erheblich bei – sie belebte den europäischen Export und in der Folge die Investitionstätigkeit. In der Mehrzahl der EU-Länder entwickeln sich aber nicht nur die Auftragseingänge aus dem Ausland günstig, sondern auch jene aus dem Inland. Die vorausseilenden Indikatoren lassen ein Anhalten der Wachstumsdynamik erwarten. Das Ver-

trauen in der Industrie hat sich laut Umfragen der Europäischen Kommission im Februar neuerlich verbessert. Besonders stark erholen sich Nachfrage und Produktion in den Ländern mit ausgeprägten Handelsbeziehungen zu den USA und in der Ländergruppe um Frankreich, wo die Binnennachfrage die tragende Funktion im Konjunkturaufschwung übernommen hat. Frankreich spielt die Rolle einer Konjunkturlokomotive in der EU – das BIP wird heuer real um etwa 3½% wachsen. Aber auch in Italien zeigen sich – nach einer durch besonders restriktiven Fiskalpolitik gebremsten Entwicklung – nun Belebungstendenzen, das BIP könnte heuer um 2½% expandieren.

Der Indikator für das Konsumentenvertrauen steigt weiter und erreichte zu Jahresbeginn einen neuen Höchststand. Dazu trug vor allem die neuerliche Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt bei. Begünstigt durch die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums und den Ausbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik ging die saisonbereinigte Arbeitslosenquote in der EU im IV. Quartal 1999 auf 8,9% zurück (ein Jahr zuvor 9,7%). Besonders günstig entwickelt sich der Arbeitsmarkt in Frankreich, Schweden, Finnland, den Niederlanden und Spanien.

Heuer wird das BIP im Durchschnitt der EU-Länder real um zumindest 3,2% steigen. Auch im kommenden Jahr dürfte die Dynamik hoch bleiben. Begünstigt sind jene Länder, in denen die Konsumnachfrage die Konjunktur trägt. Die internationalen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen könnten sich allerdings verschlechtern. Eine Nachfrageabschwächung in den USA würde das Wirtschaftswachstum in Europa ebenso dämpfen wie eine merkliche Verschlechterung der Rahmenbedingungen seitens der Zins- und Wechselkursentwicklung.

EXPORTGETRAGENE KONJUNKTURERHOLUNG IN DEUTSCHLAND

In Deutschland ist noch keine merkliche Erholung der Beschäftigung zu beobachten. Dies geht vor allem auf die Schwäche der Inlandsnachfrage zurück, die unter den schweren Lasten der deutschen Wiedervereinigung, im Jahr 2000 aber auch unter dem Sparpaket der Bundesregierung leidet. Hingegen beschleunigt sich der Aufschwung im Export und in der Sachgütererzeugung deutlich. In der verarbeitenden Industrie lagen die Auftragseingänge aus dem Ausland im Jänner um 17% über dem Vorjahreswert. Auch die Produktion tendiert signifikant aufwärts – sie lag zu Jahresbeginn um knapp 5% über dem Vorjahresniveau. Das ist im europäischen Vergleich noch unterdurchschnittlich, weist aber auf eine merkliche Beschleunigung der Konjunktur hin. Der deutliche Anstieg des Ifo-Geschäftsklimaindex zeigt eine spürbare Verbesserung der Zukunftserwartungen der Unternehmer. Das BIP wuchs im IV. Quartal gegenüber

dem Vorjahr um 2¼% und gegenüber dem Vorquartal saison- und arbeitstagsbereinigt um ¾%. Die Konjunkturerholung bleibt in Deutschland damit zwar wie schon seit 1994 hinter der Dynamik anderer Länder zurück, scheint aber vorläufig gut abgesichert. Heuer wird das Wirtschaftswachstum – dank reger Exportdynamik – real 2,7% erreichen. Im Jahr 2001 wird von der vorgezogenen Steuerreform zusätzliche Dynamik ausgehen, andererseits könnten sowohl die Zins- und Wechselkursentwicklung als auch die Abschwächung der Nachfragedynamik in den USA etwas bremsend wirken.

MERKLICHER ZINSANSTIEG

Die Europäische Zentralbank hat Mitte März ihren Hauptrefinanzierungssatz auf 3½% angehoben. Damit liegen die kurzfristigen Zinssätze bereits um 1 Prozentpunkt über dem Niveau vom Sommer 1999. Die kurzfristigen Realzinsen haben sich kaum erhöht. Die Inflation ist im Euro-Raum im Jänner und Februar auf 2% gestiegen (Jahresdurchschnitt 1999 +1,1%). Die Beschleunigung des Preisauftriebs geht bislang primär auf den temporären Anstieg der Erdölnotierungen zurück, allerdings kann eine Übertragung auf die Industriepreise nicht ausgeschlossen werden, wenn die Unternehmen die günstige Nachfrageentwicklung zu einer Erhöhung ihrer Ertragsspannen nutzen. Die Prognose geht davon aus, dass angesichts der nach wie vor kaum alarmierenden Inflationsaussichten das Zinsniveau bis Ende 2001 nur leicht angehoben wird. Auch die langfristigen Zinssätze sind in Europa in den letzten 15 Monaten kräftig gestiegen. Darin spiegelt sich die Entwicklung der kurzfristigen Zinssätze in Europa und der langfristigen Zinssätze in den USA.

Der Euro notierte in den letzten Wochen unter der Parität gegenüber dem starken Dollar. Angesichts der anhaltend hohen Wirtschaftsdynamik in den USA und der positiven Realzinsdifferenz gegenüber Europa dürfte sich daran kurzfristig wenig ändern. Der schwache Außenwert des Euro hat nicht unbeträchtlich zur Erholung von Export und Investitionen in Europa beigetragen, andererseits hat er den erdölpreisbedingten Auftrieb der Importpreise etwas verstärkt. Die bemerkenswerten Ungleichgewichte in den USA – vor allem das hohe Leistungsbilanzdefizit – sollten mittelfristig zu einer Abschwächung des Dollars beitragen.

EXPORT PROFITIERT VON EUROPÄISCHEM AUFSCHWUNG UND GUTER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Parallel zur Konjunkturerholung bei wichtigen Handelspartnern in Westeuropa hat auch in Österreich der Warenexport merklich an Dynamik gewonnen. Die Ausfuhr lag im IV. Quartal nach vorläufigen Angaben von Statis-

Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	1997	1998	1999	2000	2001
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	+ 0,7	+ 2,8	+ 2,0	+ 1,5	+ 2,3
Realeinkommen je Arbeitnehmer					
Brutto	- 1,1	+ 2,1	+ 1,3	- 0,1	+ 0,9
Netto	- 3,6	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,4
Nettomasseneinkommen, nominell	- 0,7	+ 3,3	+ 3,8	+ 4,0	+ 3,0
Lohnstückkosten					
Gesamtwirtschaft	+ 0,3	+ 1,3	+ 1,7	- 0,2	+ 0,7
Sachgütererzeugung	- 4,0	- 0,7	- 0,2	- 2,4	- 1,5
Relative Lohnstückkosten ¹⁾					
Gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner	- 3,5	+ 0,5	- 1,5	- 3,0	- 1,0
Gegenüber Deutschland	+ 1,3	+ 1,5	- 0,2	- 1,5	- 1,8
Effektiver Wechselkurs Industriewaren					
Nominell	- 1,8	+ 0,6	- 0,8	- 0,9	+ 0,8
Real	- 2,7	- 0,0	- 1,4	- 0,9	+ 0,4

¹⁾ In der Sachgütererzeugung, in einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

tik Österreich nominell um 10% über dem Vorjahreswert. Besonders die Produzenten von Investitionsgütern und chemischen Erzeugnissen melden ein kräftiges Ausfuhrwachstum. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Exporteure erweist sich nach wie vor als sehr günstig. Die Lohnstückkostenposition gegenüber den Handelspartnern hat sich seit 1995 um 5½% verbessert; im Jahr 2000 wird aufgrund der schwachen Lohnerhöhungen und des starken Wachstums der Stundenproduktivität eine weitere Verbesserung um 3% erwartet. Zusätzlich profitieren die Unternehmen von der markanten Entlastung im Bereich der Strom- und Telekommunikationskosten.

Die starke Belebung der Nachfrage wichtiger Handelspartner begünstigt den österreichischen Export ebenso wie die anhaltende Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch die günstige Kostenentwicklung. Warenexport (real +8%), Sachgüterproduktion (+5%) und Ausrüstungsinvestitionen (+7%) entwickeln sich sehr dynamisch.

Für heuer errechnet sich ein Marktwachstum von knapp 7%. Gleichzeitig sollten die österreichischen Exporteure dank der günstigen Kostenentwicklung weiterhin Marktanteile gewinnen können. Dies lässt auf einen Zuwachs des Warenexports von real 8% schließen. Auch im kommenden Jahr sollte die Ausfuhrdynamik hoch bleiben, das Exportwachstum könnte nur geringfügig schwächer sein (+7½%).

Die Ausweitung des Exports entfaltet starke Zugkräfte für die Sachgüterproduktion. Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests zeigen eine sehr optimistische Stimmung der Unternehmen bezüglich ihrer Auftragslage sowie der Preis- und Produktionserwartungen für die nächsten Monate. Die Wertschöpfung könnte somit in der Sachgütererzeugung heuer um 5% höher sein als im Vorjahr. Unter den Rahmenbedingungen ausgezeichneter Absatzer-

Produktivität

	1997	1998	1999	2000	2001
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
<i>Gesamtwirtschaft</i>					
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 1,2	+ 2,9	+ 2,2	+ 3,1	+ 2,7
Erwerbstätige ¹⁾	+ 0,5	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,1
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+ 0,7	+ 1,9	+ 0,7	+ 2,0	+ 1,6
<i>Sachgütererzeugung</i>					
Produktion ²⁾	+ 3,8	+ 3,4	+ 2,0	+ 5,0	+ 4,3
Beschäftigte	- 1,4	+ 0,1	- 0,7	+ 0,1	± 0,0
Stundenproduktivität ³⁾	+ 5,5	+ 3,2	+ 3,3	+ 4,9	+ 4,3
Geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten	- 0,1	+ 0,1	- 0,6	± 0,0	± 0,0

¹⁾ Unselbständige (Beschäftigungsverhältnisse) und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. – ²⁾ Nettoproduktionswert, real. – ³⁾ Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde.

wartungen, günstiger Gewinnlage, aber auch hohen Wettbewerbsdrucks sehen sich die heimischen Industrieunternehmen zu einer raschen Erneuerung des Kapitalbestands veranlasst – die Ausrüstungsinvestitionen wachsen kräftig (2000 +7%).

LEISTUNGSBILANZ VON EINKOMMENS- UND TRANSFERBILANZDEFIZIT GEPRÄGT

Trotz Exportbooms verschlechtert sich heuer der Saldo der Handelsbilanz leicht gegenüber dem Vorjahr. Das Defizit dürfte etwa 75 Mrd. S betragen. Die kräftige Konsum- und Investitionsnachfrage löst ebenso eine Zunahme der Importe aus wie der rege Export, der die Einfuhr von Vorleistungen notwendig macht. Zudem verschlechtern sich heuer die Terms of Trade aufgrund hoher Rohstoff-, vor allem Rohölpreise. Nächstes Jahr werden die Importpreise langsamer steigen, der Handelsbilanzsaldo könnte sich leicht verbessern.

Der Anstieg des Überschusses in der Reiseverkehrsbilanz fällt heuer schwächer aus als im Dezember erwartet. Österreich kann an der Expansion der europäischen Tourismus- und Freizeitmärkte nicht voll partizipieren und verliert Marktanteile. Die politischen Sanktionen der EU-Länder gegen die Bundesregierung dürften in wirtschaftlicher Hinsicht vor allem im Tourismus Auswirkungen haben. Allerdings sind hier noch keine schlüssigen Daten verfügbar; das Ausmaß der Auswirkungen hängt vor allem von der Dauer der Zurückhaltung gegenüber Österreich als Urlaubs- und Kongressdestination ab. Für heuer trifft die WIFO-Prognose vorsichtige Annahmen bezüglich der negativen Effekte, die sich vor allem auf den Städte- und Tagungstourismus beziehen. Die Ausgaben der Österreicher im Ausland dürften gegenüber dem Vorjahr real nochmals leicht zurückgehen. Damit ergibt sich ein Überschuss in der Reiseverkehrsbilanz von etwa 26 Mrd. S – um 1 Mrd. S mehr als im Vorjahr.

Der Saldo der Waren- und Dienstleistungsbilanz ist ausgeglichen. Das hohe Defizit in der Leistungsbilanz – es erreicht heuer etwa 62 Mrd. S (-2,2% des BIP) – geht auf die Einkommens- und die Transferbilanz zurück:

Zins- und Dividendeneinkommen ausländischer Anleger sowie Gewinne aus Direktinvestitionen belasten die Leistungsbilanz (selbst wenn sie nicht aus Österreich abfließen, sondern hier reinvestiert werden). Im negativen Saldo der Transferbilanz spiegelt sich vor allem die Nettozahlerposition Österreichs gegenüber dem EU-Haushalt.

KRÄFTIGES KONSUMWACHSTUM, REGE HANDELSUMSÄTZE

Die Nettomasseneinkommen wachsen heuer kräftig, sie liegen real um 2½% über dem Niveau des Vorjahres. Zwar steigen die realen Bruttoverdienste je Arbeitnehmer nicht. Die Effekte der Lohn- und Einkommensteuerreform eröffnen aber netto einen Spielraum – besonders für die Einkommensbereiche zwischen 12.000 S und 20.000 S brutto pro Monat, die um bis zu 2% entlastet werden. Zudem werden die Transfers – u. a. durch das „Familienpaket“, das ebenfalls eher die unteren Einkommensschichten begünstigt – merklich ausgeweitet. Die am 1. Jänner 2000 in Kraft getretenen Steuer- und Transfermaßnahmen dürften den Einkommensklassen mit hoher Konsumneigung überproportional zugute kommen.

Von der Ausweitung der verfügbaren Einkommen profitiert die Konsumnachfrage kräftig. Sie wird heuer real um 2,7% expandieren – so stark wie seit 1996 nicht mehr. Die Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter wachsen weiterhin überdurchschnittlich. Im kommenden Jahr fallen die zusätzlichen Impulse der Steuerreform weitgehend weg, und strukturelle Konsolidierungsmaßnahmen beginnen zu greifen. Dies dämpft den Anstieg der verfügbaren Einkommen. Andererseits könnten stärkere Lohnzuwächse und die weiterhin kräftige Zunahme der Beschäftigung expansiv wirken. Die Nettomasseneinkommen dürften real um etwa 1½% wachsen und lassen eine Ausweitung der Konsumausgaben um 2¼% zu.

Im Gegensatz zu Deutschland steigen die Umsätze des Handels in Österreich schon seit einigen Jahren kräftig. Heuer dürfte die Wertschöpfung mit +3¼% etwa so rasch wie im Vorjahr zunehmen. Dem Einzelhandel kommt die starke Expansion des privaten Konsums zugute, der Großhandel ist durch den Exportboom begünstigt. Die Dynamik dürfte – nur wenig abgeschwächt – auch im kommenden Jahr anhalten.

BAUWIRTSCHAFT WÄCHST NUR VERHALTEN

Der Hochbau leidet nach wie vor unter dem kontinuierlichen Rückgang im Wohnungsneubau. Die Nachfrage erweist sich als so schwach, dass die reichlich vorhandenen öffentlichen Finanzierungsmittel bei weitem nicht genutzt werden können. Die Neubauleistung wird auch

Konsum und Einkommen

	1997	1998	1999	2000	2001
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real				
Private Konsumausgaben ¹⁾	+ 0,1	+ 1,5	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,3
Dauerhafte Konsumgüter	- 3,5	+ 1,9	+ 6,5	+ 4,5	+ 2,6
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 0,7	+ 1,5	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,3
Nettomasseneinkommen	- 2,4	+ 2,6	+ 3,1	+ 2,4	+ 1,6

¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

in den kommenden Jahren zurückgehen. Hingegen entwickelt sich der Sanierungsbau auch nach der Abschaffung der steuerfreien Mietzinsreserve rege. In Wien kommt die thermische Sanierung von Genossenschafts- und Gemeindebauten gut voran. Die Nachfrage nach neu geschaffenen Büroraum wächst in den nächsten Jahren weiterhin kräftig. Auch der Industriebau sollte bei guter Ertragslage und umfangreichen Investitionsabsichten stärkere Dynamik entfalten.

Die Unternehmen des Tiefbaus zeigten sich im jüngsten WIFO-Konjunktur- und Investitionstest zuversichtlich. Die Schieneninfrastrukturgesellschaft und die Hochleistungs-AG dürften heuer etwa gleich viel investieren wie im Vorjahr. Im Jahr 2001 könnten öffentliche Mittel in geringerem Umfang zur Verfügung stehen. Den Straßenbau dürfte die Budgetknappheit schon heuer treffen. Die Kürzung der Ermessensausgaben wird in Form der Verschiebung von Bauprojekten wirksam. Die Anhebung des Preises der Autobahnvignette zum 1. Jänner 2001 und die nach wie vor angestrebte Einführung des Road-Pricing für Lkw könnten mittelfristig wieder etwas mehr Mittel für die Straßensanierung und den Lückenschluss im Straßenbau freimachen.

Insgesamt dürfte die Bauwirtschaft heuer aber real um nicht mehr als 1% wachsen, und auch für 2001 zeichnet sich keine nennenswerte Beschleunigung ab.

STÄRKERER PREISAUFTRIEB TROTZ SEHR ZURÜCKHALTENDER LOHNENTWICKLUNG

Der Preisauftrieb beschleunigt sich etwas. Die Steuer- und Gebührenerhöhungen tragen dazu heuer und im nächsten Jahr mit jeweils etwa 0,3 Prozentpunkten bei.

Die Preisprognose muss gegenüber den Erwartungen vom Dezember merklich revidiert werden. Zum einen hielten die Hausse der Erdölnotierungen und damit auf Verbraucherebene der Auftrieb der Energiepreise länger an als angenommen. Dies erhöht die Inflation heuer um knapp ¼ Prozentpunkt. Die OPEC beschloss allerdings anlässlich ihrer jüngsten Sitzung eine Erhöhung der Produktion um etwa 8%; dies hat die Erdölpreise bereits gedämpft. Trotz des Nachfrageanstiegs in den Industrie-

ländern dürften im Jahresverlauf die Notierungen noch weiter zurückgehen. Für den Jahresdurchschnitt rechnet das WIFO mit einem Erdölpreis von 24 \$ je Barrel, im kommenden Jahr mit 21 \$.

Zum anderen plant die Bundesregierung ab Jahresmitte eine merkliche Erhöhung der Tabaksteuer, der Stromabgabe und der motorbezogenen Versicherungssteuer sowie einiger Gebühren. Dies wird den Verbraucherpreisindex ab Juni um 0,6 Prozentpunkte anheben. Im Jahresdurchschnitt werden sich die Maßnahmen mit +0,3 Prozentpunkten niederschlagen. Die Inflation wird deshalb auf Konsumentenebene 1,6% erreichen.

Die Lohnzuwächse dämpfen heuer den Preisauftrieb merklich. Die Pro-Kopf-Löhne steigen aufgrund der Abschlüsse in der Herbstlohnrunde und der stetigen Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung um nur 1,5%. Sie bleiben damit sogar etwas hinter dem Preisanstieg und deutlich hinter dem gesamtwirtschaftlichen Produktivitätswachstum zurück. Die Lohnstückkosten verringern sich in der Gesamtwirtschaft heuer leicht (-0,2%). Die Lohnquote sinkt deshalb neuerlich merklich. Für das kommende Jahr wird angesichts der günstigen Konjunkturperspektiven ein etwas stärkeres Wachstum der Pro-Kopf-Löhne angenommen (+2¼%), die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten erhöhen sich um 0,7%. Damit würde auch 2001 von der Lohnkostenentwicklung kein inflationärer Druck ausgehen.

Im Jahr 2001 wird von Seiten der Energiepreise eine leichte Entlastung eintreten, weil die Erdölpreise zurückgehen und die Liberalisierung im Strom- und Gasbereich mit ihren preisdämpfenden Effekten fortgesetzt wird. Andererseits dürfte der Auftrieb der Industriewarenpreise wegen der günstigen Entwicklung von Nachfrage und Auslastung anhalten. Die Steuer- und Gebührenerhöhungen treiben auch im kommenden Jahr die Inflation mit etwa 0,3 Prozentpunkten an. Im Jahresdurchschnitt dürften die Verbraucherpreise um 1,4% steigen. Diese Prognose beruht auf der Annahme keiner weiteren Anhebung öffentlicher Tarife.

SCHWIERIGE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DIE BUDGETKONSOLIDIERUNG

Der Bundesvoranschlag 2000 wurde jüngst vorgelegt. Die Budgetpolitik steht unter dem Zeichen einer Rückkehr zum Konsolidierungskurs, der zwischen 1995 und 1997 eine Reduktion der Neuverschuldung des öffentlichen Sektors von 5,1% des BIP auf 1,9% brachte, vor allem in den Jahren 1999 und 2000 aber wegen der Ausweitung der Familienförderung und der Steuersenkungen für Erwerbstätige und Unternehmen verlassen wurde. Aufgrund der großen Zeitspanne zwischen Nationalratswahlen und Bildung der neuen Bundesregierung war der Spielraum für dauerhafte Konsolidierungsmaßnahmen nun aber relativ gering. Der Bund versucht

Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	1997	1998	1999	2000	2001
Mrd. S					
Budgetpolitik					
Finanzierungssaldo des Bundes	-66,7	-77,2	-64,9	-62,0	-58,5
In % des BIP					
Finanzierungssaldo des Bundes	- 2,6	- 3,0	- 2,4	- 2,2	- 2,0
Finanzierungssaldo des Staates	- 1,9	- 2,5	- 2,0	- 2,0	- 2,0
Primärsaldo des Staates	2,0	1,5	1,9	2,0	2,4
In %					
Geldpolitik					
Dreimonatszinssatz	3,5	3,6	3,0	4,0	4,3
Sekundärmarktrendite ¹⁾	5,7	4,7	4,7	5,8	5,6
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Effektiver Wechselkurs					
Nominell	- 2,3	+ 0,6	- 0,7	- 0,9	+ 1,2
Real	- 3,4	- 0,2	- 1,5	- 1,2	+ 0,8
<small>1) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark).</small>					

das Ziel einer Begrenzung der Neuverschuldung auf 2,2% des BIP daher heuer primär mit der Kürzung von Ermessensausgaben, mit Einmalerlösen, Verkäufen, Auflösung von Rücklagen und Abschöpfung von Fondsüberschüssen zu erreichen. Zudem werden zur Jahresmitte indirekte Steuern merklich erhöht; daraus werden Aufkommenserhöhungen von 6,8 Mrd. S für das Budget wirksam.

Die Effekte von „Familienpaket“ und Steuerreform sowie die späte Erstellung des Bundesvoranschlags belasten die Budgetpolitik heuer merklich. Für das Jahr 2001 ist der Ersatz vieler Einmaleffekte durch dauerhaft wirkende Konsolidierungsmaßnahmen geplant. Die Finanzlage von Ländern, Gemeinden, Fonds und Sozialversicherung dürfte sich aber nicht merklich verbessern. Das Finanzierungsdefizit des Gesamtstaates könnte in beiden Jahren rund 2% des BIP betragen.

Während das Budgetziel des Bundes erreichbar erscheint, ist die Annahme eines Überschusses von Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung von 0,5% des BIP optimistisch. Die Voranschläge der Länder zeigen vor allem aufgrund der Einnahmefälle im Zuge der Steuerreform 2000 einen deutlichen Rückgang der erwarteten Überschüsse. Diese müssten im Vollzug deutlich erhöht werden. Zudem müsste rasch eine Lösung für den Ausfall der Getränkesteuer gefunden und das absehbare Defizit in der Krankenversicherung finanziert werden. Bei gegebenem Informationsstand hält das WIFO eine Nettokreditaufnahme des öffentlichen Sektors von etwa 2% des BIP für realistisch.

Im Jahr 2000 entlasten das „Familienpaket“ und die Steuerreform die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um gut 20 Mrd. S. Die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungsschichten sind überproportional begünstigt. Dem wirken nachfragedämpfende Effekte aus der Kürzung öffentlicher Investitionen und der Erhöhung indirekter Steuern im Ausmaß von etwa 15 Mrd. S entgegen. Steuer- und Gebührenerhöhungen belasten die Bezieher niedriger Einkommen stärker. Die Budgetpolitik wirkt insgesamt heuer nach wie vor expansiv.

Im Jahr 2001 soll der Bund laut Stabilitätsprogramm seine Neuverschuldung auf 2,0% des BIP reduzieren. Dafür wird es notwendig sein, Einmalmaßnahmen, die das Budget 2000 prägen, durch dauerhaft wirkende Sanierungsschritte zu ersetzen. Die Bundesregierung plant Maßnahmen im Bereich der Bundeszuschüsse zur Pensionsversicherung und des Personalaufwands. Das Paket der Steuer- und Gebührenerhöhungen wird 2001 voll wirksam und bringt eine zusätzliche Einnahmensteigerung von etwa 6 Mrd. S. Insgesamt bedeuten die Steuererhöhungen damit eine Aufkommenssteigerung von etwa 13 Mrd. S. Weitere Maßnahmen stehen noch aus. Die bisher bekannten Konsolidierungsmaßnahmen für das Jahr 2001 belasten die verfügbaren Einkommen und damit die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stärker als jene, die heuer wirksam werden.

Die Finanzsituation von Ländern und Gemeinden – die von den Steuersenkungen zum 1. Jänner 2000 merklich betroffen sind, von den Steuererhöhungen zur Jahresmitte aber in nur sehr geringem Ausmaß profitieren – dürfte sich im Jahr 2001 nicht merklich verbessern. Die Finanzausgleichsverhandlungen bieten allerdings die Möglichkeit für eine Reform der gesamtstaatlichen Aufgaben- und Ausgabenverteilung. Die Projektionen für die Krankenversicherung weisen auf steigende Defizite hin. Zudem sollen mit 1. Jänner 2001 – im Zuge der Pläne der Bundesregierung zur Verringerung der Lohnnebenkosten – die Arbeitgeberbeiträge zur Unfallversicherung und zum Insolvenzentgeltversicherungsfonds um zusammen 0,6 Prozentpunkte bzw. etwa 5 Mrd. S gesenkt werden. Dies verschlechtert den Maastricht-Saldo des öffentlichen Sektors um knapp 0,2% des BIP. Unter diesen Rahmenbedingungen zeichnet sich – sofern nicht zusätzliche Maßnahmen auf der Einnahmen- oder Ausgabenseite von Bund, Ländern, Gemeinden, Fonds und Sozialversicherungen getroffen werden – auch im kommenden Jahr eine Nettokreditaufnahme des öffentlichen Sektors von etwa 2% des BIP ab. Diese läge deutlich über dem im Stabilitätsprogramm vorgesehenen Ziel von 1,5% des BIP. Der Primärsaldo (laufende Einnahmen und Ausgaben ohne Zinszahlungen) würde einen Überschuss von 2½% des BIP erreichen.

Arbeitsmarkt

	1997	1998	1999	2000	2001
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000				
<i>Nachfrage nach Arbeitskräften</i>					
Unselbständig und selbständig Erwerbstätige	+ 8,8	+22,1	+32,2	+35,0	+36,8
Unselbständig Beschäftigte insgesamt ¹⁾	+ 8,3	+21,1	+31,2	+33,1	+34,8
Ohne Präsenzdienler und Bezieher von Karenzgeld	+12,8	+29,8	+37,2	+34,5	+36,0
Veränderung gegen das Vorjahr	in % + 0,4	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,2
Präsenzdienler und Bezieher von Karenzgeld ¹⁾	- 4,4	- 8,7	- 6,0	- 1,4	- 1,2
Ausländische Arbeitskräfte	- 1,6	- 0,2	+ 7,8	+ 9,0	+10,0
Selbständige ²⁾	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,9	+ 2,0
<i>Angebot an Arbeitskräften</i>					
Erwerbspersonen im Inland	+11,7	+26,5	+16,2	+25,0	+25,1
Ausländer	- 1,7	+ 0,7	+ 6,6	+ 7,0	+ 9,0
Wanderung von Inländern	+ 5,4	+ 3,9	+ 3,0	+ 2,0	+ 1,0
Inländer	+ 8,0	+21,9	+ 6,6	+16,0	+15,1
<i>Überschuss an Arbeitskräften</i>					
Vorgemerkte Arbeitslose ³⁾	+ 2,8	+ 4,4	-16,1	-10,0	-11,7
Stand	in 1.000 233,3	237,8	221,7	211,7	200,0
<i>Arbeitslosenquote</i>					
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	4,4	4,7	4,4	4,2	4,1
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)	6,4	6,5	6,0	5,7	5,3
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)	7,1	7,2	6,7	6,3	5,9
Erwerbsquote ⁴⁾	67,2	67,6	67,7	67,9	68,2
Beschäftigungsquote ⁵⁾	62,9	63,2	63,6	64,1	64,6

¹⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ²⁾ Laut WIFO. – ³⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁴⁾ Erwerbspersonen in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige). – ⁵⁾ Erwerbstätige in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige).

GUTE KONJUNKTUR ERMÖGLICHT WEITEREN RÜCKGANG DER ARBEITSLOSIGKEIT

Der Arbeitsmarkt profitiert von der günstigen Konjunktur. Die Beschäftigung wächst kräftig – nun entstehen auch wieder zusätzliche Vollzeitarbeitsplätze. Die Arbeitslosigkeit geht merklich zurück, allerdings herrscht über das Ausmaß der für aktive Arbeitsmarktpolitik verfügbaren Mittel noch erhebliche Unsicherheit.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbessert sich gemessen an Beschäftigtenzahl und Arbeitslosigkeit weiter: Heuer dürften etwa 34.000 unselbständig Erwerbstätige (ohne Präsenzdienler und Bezieher von Karenzgeld) mehr beschäftigt sein als im Vorjahr (+1,1%), die Arbeitslosigkeit könnte um 10.000 niedriger sein. Im Jahr 2001 könnte im Durchschnitt – wenn konjunkturbedingt die Beschäftigung weiterhin kräftig expandiert (+1,2%) und ausreichend Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung gestellt werden – die Arbeitslosigkeit erstmals seit 1992 wieder die Grenze von 200.000 unterschreiten.

Wuchs in den letzten Jahren fast ausschließlich die Zahl der Teilzeitbeschäftigten, so dürfte heuer auch die Vollzeitbeschäftigung wieder ausgeweitet werden: Bei güns-

tiger Export- und Industriekonjunktur geht die Arbeitskräftenachfrage in der Sachgütererzeugung nicht mehr zurück. Einige zentrale Bereiche der technischen Verarbeitung, wie der Maschinen- und Fahrzeugbau, nehmen zusätzliche Arbeitskräfte auf. Gleichzeitig bleibt aber die Beschäftigungsexpansion im Dienstleistungsbereich kräftig; hier überwiegen nach wie vor Teilzeitarbeitsplätze. Einschließlich der geringfügig Beschäftigten (die in der EU-Zählung, nicht jedoch in der Statistik des Hauptverbands als erwerbstätig gelten) beträgt das Beschäftigungswachstum in Österreich sogar 1,4%. Bezieht man die geringfügig Beschäftigten auch in die Beschäftigungsquoten ein, so erreicht Österreich etwa 70% – jenen Wert, den die EU mittelfristig anstrebt.

Die Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen ist nicht nur vom Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum, sondern auch stark von institutionellen Einflüssen geprägt. Dazu zählt insbesondere der Umfang der aktiven Arbeits-

marktpolitik. 1999 war fast die Hälfte des Rückgangs der Arbeitslosigkeit auf die Verstärkung von Trainings- und Qualifizierungsmaßnahmen zurückzuführen. Für 2000 und 2001 steht das Ausmaß der für aktive Arbeitsmarktpolitik verfügbaren Mittel noch nicht fest. Vielfach wird erwartet, dass monetäre Einschränkungen eher eine Verringerung der Intensität der Maßnahmen als eine Kürzung der Zahl der in Schulung Stehenden zur Folge haben. Andererseits hat die Anhebung des Frühpensionsalters eine Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes zur Folge.

Wird die Zahl der Arbeitslosen, die Schulungsplätze erhalten, nicht weiter gesteigert, so wird das durch die Leitlinien zur Beschäftigungspolitik von der EU vorgegebene Ziel, mindestens ein Fünftel der Arbeitslosen in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zu integrieren, nicht einfach zu erreichen sein.

Abgeschlossen am 5. April 2000.